



Verein Bremischer Richter und Staatsanwälte

Landesverband im Deutschen Richterbund

Pressemitteilung vom 17.06.2013

Staatsanwälte und Richter setzen ein Zeichen

Der Bremer Senat stellt die Besoldungspläne, die alle Richter und höheren Beamten leer ausgehen lässt, als eine „sozial ausgewogene“ Idee dar. Nach dieser speziellen Logik verhalten sich Staatsanwälte und Richter „unsozial“, die diese Pläne als verfassungswidrig und politisch unhaltbar ablehnen. Soziales Verhalten heißt für Staatsanwälte und Richter, dass sie sich in beruflicher und privater Verantwortung für das öffentliche Wohl einsetzen.

Daher haben in diesen Tagen über 100 bremische Richter und Staatsanwälte über ihr hohes berufliches Engagement hinaus ein besonderes Zeichen ihrer sozialen Verantwortung für Bremen gesetzt.

Sie alle haben sich schriftlich dazu verpflichtet, einen Betrag, der für zwei Monate die geforderte Besoldungserhöhung um 5,6% beträgt, für soziale Zwecke zu spenden. Die Spenden in einem Gesamtvolumen von über 40.000 Euro werden ausschließlich an gemeinnützige Einrichtungen im Lande Bremen gehen. Bedacht werden an die 50 Vereinigungen, die sich für die Menschen unserer Stadt in verschiedensten Bereichen sozial einsetzen.

Die Spenden stehen allerdings unter einer besonderen Bedingung: Sie sind schon jetzt von allen 100 Staatsanwälten und Richtern verbindlich zugesagt und werden unverzüglich dann gezahlt, wenn die geforderte Besoldungserhöhung tatsächlich gewährt wird.

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

Dr. Katrin Gellinger (Verein Bremischer Richter und Staatsanwälte), Tel.: 0421 – 361 10420;
E-Mail: kontakt@richterverein-bremen.de